



Preis: 12 Sgr. 6 Pf. — Anzeigenpreis: 1 Sgr. 6 Pf. — Inseratspreis: 1 Sgr. 6 Pf. —

Verlag: Herrmann, Neudammstr. 20. — Anzeigenpreis: 1 Sgr. 6 Pf. —

Nr. 10. Mittags-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 7. Januar 1874.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. [Amtliches.] Sr. Majestät der König hat dem General-Lieutenant z. D. und Rittergutsbesitzer von Bredow auf Briesen bei Friedland den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Geheimen Regierungsrath Zeiler zu Coblenz den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Art. Carl Friedrich Fischer zu Kronenberg im Kreise Mettmann den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse und dem Steuer-Rathgeber Fide zu Magdeburg das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Den Oberlehrern Dr. Emil Grosse und Dr. Eduard Hammer am Friedrichs-Collegium zu Königsberg i. Pr. ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Berlin, 6. Jan. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] begleitete gestern Abend Ihre königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin von Baden zum Bahnhofe, bei ihrer Abreise nach Karlsruhe.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden sind gestern Abend nach Karlsruhe zurückgekehrt. (R. A.)

Berlin, 6. Januar. [Die Reorganisation des Heeres] hat die Dienstverhältnisse während der letzten Jahre doch etwas verrückt und sind die Dienstobliegenheiten einzelner Abtheilungen in hohem Grade vermehrt worden. Dies hat sich auch besonders bei dem Chef des Generalstabes der preussischen Armee bemerkbar gemacht, und es ist daher nicht möglich, daß dieser die unmittelbare Leitung der trigonometrischen, topographischen und kartographischen Arbeiten des Generalstabes ferner wahrnehmen kann. Die täglich fortschreitenden Ansprüche an die Resultate dieser Arbeiten machen eine besondere einheitliche Leitung derselben erforderlich und es ist zu diesem Zweck in dem Etat ein Generalmajor angelegt. Die Kriegsakademie verlangt eine Verkleinerung der Lehrkräfte, da die Erweiterung der Akademie die bisher bestandene Zahl von 10 Officieren nicht genügend erheben läßt, es sollen daher 14 Lehrer thätig sein und ist es Sternberg-Generalsstabes um einen Stabschef zu erhöhen. Die Erfahrungen, namentlich während des letzten Krieges, bedingen zur Erhaltung der Kriegstüchtigkeit der Armee, die früher bis zur Reorganisation der Armee bestandene Stärke an Secunde-Lieutenants jeder Compagnie und Escadron wieder einzuführen, es sollen also künftig wieder drei Secunde-Lieutenants per Compagnie und Escadron im Etat stehen. — Die im Cultus-Ministerium zur Ergänzung resp. Verschärfung der Maigesetze ausgearbeiteten Vorlagen sind, wie ich höre, bereits dem Staatsministerium zur Verabreichung unterbreitet, so daß man annehmen kann, diese Vorlagen werden dem Landtage sofort nach dessen Ferien in künftiger Woche zugehen können. Aus diesem Ministerium ist eine Verfügung erlassen, welche sich dahin ausspricht, daß es nicht zweckdienlich erscheint, wenn Seitens der Behörden literarische Productionen für den Schulgebrauch, die Schulrath oder Seminar-Directoren ihres Bezirks zum Verfasser haben, empfohlen werden.

D. R. C. [Der kirchliche Gerichtshof] wird morgen um 10 Uhr in dem Sitzungssaale des Ober-Tribunals seine erste Gerichtssitzung abhalten. Zur Verhandlung steht nur eine Sache an, nämlich die Klage des Kaplanverweisers Möncke wider den bischöflichen Stuhl zu Paderborn. Der Gegenstand ist bekannt und seiner Zeit in der Presse mehrfach besprochen worden. Wie wir hören, wird Bischof Martin aus principiellen Gründen, weil er die Competenz dieses Gerichtes nicht anerkennt, zu dem Termin nicht erscheinen, so daß der Ausgang des Processes unsicher vorausgesetzt ist, d. h. der Bischof wird in contumaciam verurtheilt werden.

[General-Lieutenant v. Fidler.] Gestern verstarb hier selbst der General-Lieutenant z. D. v. Fidler, zuletzt Commandeur der 4. Division.

[Verleihung der Städte-Ordnung.] Der Kaiser hat der Gemeinde Haspe im Kreise Hagen die Städte-Ordnung für die Provinz Westfalen verliehen und genehmigt, daß dieselbe fortan auf dem Provinzial-Landtage im Stande der Städte vertreten werde.

[Der neugewählte Stadtschulrath.] Rector Zerlang aus Witten, hat die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt. Gründe sind nicht bekannt. Es wird also eine Neuwahl für die vielumworbene Stelle geben.

D. R. C. [Conservative Wahlversammlung.] In der gestern Abend stattgehabten Wahlversammlung der reichsfreundlichen konservativen Berliner, welche, nebenbei bemerkt, überaus schwach besucht war, und in der von dem Vorstehenden des konservativen Wahlvereins auf das Evidenteste die Laune und Lausheit dieser Partei statuiert wurde, so daß der Wahlvereinsvorstand nicht einmal die nöthigen Mittel besitzt, um die nöthigsten Unkosten einer Wahl-agitation zu bestreiten — in dieser Versammlung wurde constatirt, daß Graf Moltke ein eben so fester Parteimann wie Strategie ist. Wir theilten schon neulich mit, daß die Partei die Absicht habe, um bei den Reichstagswahlen wenigstens einen einigermaßen günstigen Erfolg zu erzielen, den Grafen Moltke als Candidaten der Conservativen in allen 6 Wahlkreisen Berlins aufzustellen. Der Wahlvorstand hatte sich deshalb an den Grafen Moltke persönlich gewandt und an ihn die Frage gerichtet, ob es ihm genehm sei, wenn er als Candidat der reichsfreundlichen Conservativen Berlins aufgestellt werde. Der Wahlvorstand hatte auch nicht unterlassen, dem Marschall vorzustellen, daß mit dieser Candidatur allerdings wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg verbunden sei, und daß sie eben nur aufgestellt werde, um zu zeigen, daß die conservative Partei in Berlin doch noch nicht ganz ausgestorben sei. Graf Moltke hat nun von seinem Gute Kreifau aus dem Wahlvorstande geantwortet, daß er sich zwar verpflichtet habe, für den Fall der Wiederwahl in seinem alten Wahlkreise Memel-Deveder die Wahl wieder anzunehmen; daß es ihm ferner wohl nicht unangenehm sei, in eine ganz abschätzlose Concurrenz in Berlin einzutreten, daß er jedoch, wenn er dadurch der guten Sache dienen könne, Nichts dagegen einzuwenden habe, wenn er als Candidat der Conservativen in Berlin aufgestellt werde. Die Versammlung beschloß demgemäß einstimmig, diese Candidatur für sämtliche sechs Wahlkreise Berlins aufzustellen.

D. R. C. [Weber das Befinden des Kaisers] liegen jetzt die günstigsten Berichte vor, so daß man sich der Hoffnung hingeben kann, daß der hohe Herr die Krankheit, welche ihn in den letzten Wochen befallen, binnen Kurzem vollständig überwunden haben wird. Nicht allein, daß der Kaiser den ganzen Tag außerhalb des Bettes wieder

zubringt, sondern sein Zustand gestattet ihm auch neben den regelmäßigen Vorträgen wieder Privatpersonen zu empfangen, und es ist die beste Hoffnung vorhanden, daß der Monarch schon in der nächsten Zeit das Zimmer wird verlassen können.

D. R. C. [Statistisches.] Im Vereinsgebiet des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltung sind während des vierten Quartals 1873 folgende neue Bahntrecken dem öffentlichen Verkehr übergeben worden: Odenwälder-Jülich-Düren und Jülich-Stolberg (Bergisch-Märkische Eisenbahn). Königgrätzer-Chlumetz- und Nürnberg-Prag (Oester. Nordwestbahn). Sternberg-Guditz (Mährische Grenzbahn). Lemberg-Stryp (Czernogal. Nordbahn). Zweigbahn Wislitz-Droszdy (Ungarische Staatsbahn). Leipzig-Weißbach (Sächsisch-Meckl. Eisenbahn). Legenitz-Mühlbach-Kaisau (Ungar. Nordostbahn). Carlstadt-Grünne (Ungarische Staatsbahn) für Elgitz und Frachtenverkehr. Wilin-Dur-Adewitz (Böhm. Böhmer Eisenbahn). Hausach-Billingen (Bayerische Staatsbahn). Vöcklabruck-Steinach-Neuburg (Bayer. Staatsbahn). Nürnberg-Georgsvalde-Ebersbach (Böhmische Nordbahn). Ebnau-Ebersbach (Sächsisch-Meckl. Eisenbahn). Vöcklabruck-Steinach-Neuburg (Bayerische Staatsbahn). Frankfurt-Offenbach-Sanau (Frankfurt-Lebrauer Eisenbahn). Gmünderthalbahnstrecke Wanne-Sterkrade der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft. Villach-Tarvis (Kronprinz Rudolf-Bahn). Neufiedel-Saa-Jellendorf (Eigentum der Lundenburg-Nicolburg-Geiselsbader Eisenbahn-Gesellschaft, im Betriebe der Kaiser Ferdinands-Nordbahn). Schweitzer-Speler (von Heidelberg bis Mitte Rhein im Betriebe der Badischen Staats-, von Mitte Rhein bis Speler im Betriebe der Pfälzischen Eisenbahn). Wittenberge-Hilders (Berlin-Hamburger Eisenbahn). Angermünde-Schwedt Eisenbahn (im Betriebe der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft). Linz-Grünbach-Wartberg (Kaiserin Elisabeth-Bahn). Diese Strecken bilden insgesamt eine Länge von 121,67 Meilen. Außerdem ist die in Folge der Durchführung Polen-Dorn-Bromberger Eisenbahn durch die Festung Posen und des Baues eines Central-Bahnhofes bei Posen auf eine Länge von ca. 1/2 Meilen verlegte Strecke der Stargard-Posener Bahn dem Verkehr übergeben.

[Zu den Wahlen] schreibt man uns aus dem Bureau des Central-Comitès der Fortschrittspartei für die Reichstagswahlen: Das allgemeine Wahlrecht scheint diesmal nicht bloß von den Parteien, sondern auch von den Interessen aller Art ausgebeutet werden zu sollen. Es giebt Wahlkreise mit vier und mehr Candidaten, in denen keine Gruppe von dem Recht ihrer Vertretung im Reichstage absehen will, bevor sie sich nicht wenigstens gezählt hat. Keiner ist das Recht dazu zu bestreiten, oder man müßte das allgemeine Wahlrecht selbst angreifen. Am Ende aber müßten alle Parteien in die zwei großen Unterschiede von conservativ oder liberal ausgehen und zuletzt hat jeder Wähler zu entscheiden, ob er rechts oder links gehen will und was er dafür hält. Aber nicht das allein hat jeder Wähler zu entscheiden, sondern auch, ob er seiner Sache und über diese hinaus der Reichsvertretung zu dienen glaubt, wenn er es auf eine engere und vielleicht auf eine Nachwahl ankommen läßt. Beide haben bei der directen Wahl größere Unbequemlichkeiten, als bei der indirecten und darum ist es zuerst Sache der leitenden Comitès oder Führer jeder Partei, daß sie ihren Anhängern diese Unbequemlichkeit sparen, wenn sie vorher von der Nutzlosigkeit eines selbstständigen Vorgehens überzeugt sind. Wo das aber nicht der Fall ist, besonders wo es sich um mehr als zwei Parteien handelt, dürfen die leitenden Persönlichkeiten nicht verkümmern, so viel ihrer Freunde als möglich an die Wahlurne zu führen und weil es dann bei Tausenden von Stimmen leicht auf hundert und weniger ankommen kann, ist auf genaue Beobachtung des Wahlreglements um so mehr Acht zu geben. Was die Behörden des Staates und der Gemeinde dabei zu besorgen haben, wird (obwohl das Gegentheil auch vorgekommen ist) in der Regel wohl ohne Anstoß vollzogen werden. Allein der ausgebeutete Theil ist der freien bürgerlichen Thätigkeit, der Selbstverwaltung überlassen. Das ist die Wahl in den Gemeindevahlbezirken, in denen jeder Wähler seinen Stimmzettel abzugeben hat. Davon handelt das Wahlreglement vom 31. Mai 1869 in den §§ 10 bis 25, und es wird daher angebracht sein, die Hauptfachen daraus mitzutheilen: Spätestens am 8. Januar müssen die Wahlvorsteher aus den Wählern ihres Bezirkes einen Protocollführer und drei bis sechs Beisitzer zum rechtzeitigen Erscheinen um 10 Uhr Vormittags aufzufordern haben, um den Wahlvorstand zu bilden. (§ 10.) — Derselbe muß vor Eröffnung der Wahlhandlung mittelst Handschlags vereidigt werden. Drei Mitglieder müssen immer anwesend sein, Vorsteher und Schriftführer dürfen sich, auch zeitweise nicht entfernen, ohne daß besondere Vertreter für sie ernannt sind. (§ 12.) — Es dürfen im Wahllocale keine andere Verhandlungen als die des Wahlvorstandes über Leitung des Wahlgeschäfts stattfinden (§ 18). — Nur in den Wahllokalen aufgenommenen Wähler und diese nur in Person dürfen Stimmzettel abgeben (§ 14). — Diese müssen weiß und von außen ohne besonderes Abzeichen sein (§ 15). — Nach 6 Uhr Nachmittags dürfen keine Stimmzettel mehr abgenommen werden, denn dann beginnt deren Zählung (§ 17) und darauf die Eröffnung (§ 18). — Stimmzettel sind ungültig, wenn sie nicht aus weißem Papier bestehen, wenn auf der inneren Seite keine oder kein lesbare Name steht, wenn die Person des gewählten nicht unweifelhaft zu erkennen ist, wenn der Name eine nicht wählbare Person (des Kaisers oder Landesfürsten, einer Frau, eines Unmündigen, Almosen-Empfängers, Galliten, bürgerlich Ehelosen) verzeichnet ist, wenn mehr als ein Name aufgeschrieben ist, wenn ein Protest oder Vorbehalt auf dem Stimmzettel verzeichnet ist.

Das Uebrige ist in den Schema's so genau vorgezeichnet, daß der Wahlvorsteher sehr fahrlässig sein muß, wenn er dennoch Verstöße dagegen begeht. Auf die angegebenen Punkte hat jeder Wähler zu achten, der nicht selbst eine ungültige Wahl herbeiführen, oder gegenwärtigen Parteien nicht Gelegenheit zu einem berechtigten Protest gegen die Wahl geben will.

Herr v. Manteuffel. Der Abgeordnete dieser Session a. D., Freiherr Otto v. Manteuffel, schickt sich an, die eine Stimme zu vertheidigen, durch welche er bei den letzten Wahlen wieder in das politische Leben eingeführt wurde, die aber ungültig war. Er ist im Kreise Lucan-Calaun als Candidat der Altconservativen aufgestellt und zwei Landräthe interessieren sich für ihn. In Lucan ist der Sohn des Candidaten Landrath und die Liberalen haben dort einen schweren Stand. In Calaun wären sie sicherer, wenn der Landrath v. Patow (ein Neffe des früheren Ministers und jetzigen Oberpräsidenten von Sachsen) nicht mit seinem amtlichen Nachdruck für Manteuffel arbeitete. Ohne sein Wissen kann es nicht oder dürfte es nicht geschehen sein, daß den amtlichen Zustellungen eine gedruckte Erklärung Manteuffels beigelegt war. Solche beim Ertrappenwerden für unschuldig ausgegebene Durchsicherungen von amtlichen und nichtamtlichen Dingen würde nicht geschehen, wenn nicht eine Wirkung davon gehofft

würde. Es ist übrigens viel, daß sich der „Freiherr Otto von Manteuffel, Staatsminister a. D.“, nicht bloß herabläßt, in einer gedruckten Erklärung um die Stimmen derjenigen zu bitten, welche der Ansicht sind, daß er „die Fähigkeit und den guten Willen habe, die Regierung in ihren auf Befestigung des deutschen Reiches gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, auch die Interessen der Heimath, so weit sie berechtigt sind, zu vertreten“, sondern daß er sogar in die gemiedene Arena von Calan hinabsteigen und sich den Wählern vorstellen will. Neben ihm haben die Social-Demokraten den Bildhauer Kirsten aufgestellt, und selbstständig bewirbt sich um die Wahl der bisherige conservativ Reichstags-Abgeordnete v. Lindenau. Der wirkliche Gegner Manteuffels ist als Candidat der Liberalen der Rechtsanwalt Dr. Zimmermann aus Berlin, der auch Candidat für den Reichstag ist und von seiner Anwesenheit im Kreise den besten Eindruck hinterlassen hat.

Königsberg, 5. Januar. [Auf der Durchreise nach St. Petersburg] am 18. d. M. wird, wie die „R. H. Z.“ meldet, Ihre k. H. die Kronprinzessin von Preußen mit ihrem Bruder, dem Prinzen von Wales, hier eintreffen, daselbst nächtigen und alsdann am nächsten Vormittag mit Sr. k. H. dem Kronprinzen, der in der Nacht den hohen Reisenden hierher folgt, die Weiterreise fortsetzen. Bei Anwesenheit des hohen Geschwister-Paares soll hier ein Diner auf dem königlichen Schlosse stattfinden. Die Reise gilt bekanntlich der Vermählung des Herzogs von Edinburgh mit der Tochter des Kaisers von Rußland. Man erzählt von großen Festlichkeiten, welche bei der Rückkehr der hohen Reisenden hier stattfinden werden.

Deutsch-Cygnau, 5. Januar. [Zug-Verspätung.] Bei dem Courierzug der königlichen Ostbahn über Thorn-Insterburg wurde erst ein Wagen, dann bei Cygnau eine Maschine defect. Verspätung über eine Stunde. — Gestern verpödeten sich beide Courierzüge. (Br. 3.)

Conitz, 2. Januar. [Das Kreis-Schulinspectorat.] Die katholischen Geistlichen setzten bekanntlich im vergangenen Sommer manches Mandatvergehen in Scene, um dem als Kreis-Schulinspector angestellten evangelischen Prediger Uhl Verlegenheiten zu bereiten und ihn so zum freiwilligen Rücktritte zu bewegen. Als diese Streiche ihr Ziel vollständig verfehlten, verfehlten die frommen Herren sich hinter die „öffentliche Stimme der Ruheverderber“. Es wurde eine Petition zunächst an die Regierung zu Marienwerder, und als diese nicht zog, eine solche an das Ministerium vom Stapel gelassen, in der Protest gegen die Anstellung des Herrn Uhl erhoben und um Abberufung desselben gebeten wurde. Kürzlich ist nun den Petenten die Erwiderung geworden, daß das Ministerium sich nicht bewegen finden könne, dem Antrage auf Abberufung des Kreis-Schulinspectors Uhl, weil derselbe evangelischer Confession sei, statt zu geben. Bei der Auswahl der Kreis-Schulinspectoren sei die Confession derselben zwar möglich in Betracht gezogen, gelte aber nicht als Bedingung beziehungsweise Anstellung. Im vorliegenden Falle habe es an geeigneten Persönlichkeiten katholischer Confession, welche der polnischen Sprache in dem erforderlichen Maße mächtig seien, gemangelt. Wie wir hören, beabsichtigen die Petenten in dieser Angelegenheit noch weitere Schritte zu thun. (D. 3.)

Dsnabrück, 3. Januar. [Schließung von Vereinen.] Wie die „D. A.“ hören, ist auf Grund einer Entscheidung des Obertribunals zu Berlin vom 7. October 1873, gestützt auf § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, wegen Uebertretung dieses Paragraphen gegen den hiesigen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“, den „Verein deutscher Katholiken“ und den „Deutschen Maurerverein“ polizeilich eingeschritten, den Vorständen resp. Geschäftsführern dieser Vereine die sofortige Schließung der Vereine aufgegeben und das strafrechtliche Verfahren gegen sie eingeleitet.

Köln, 6. Januar. [Pater Theiner.] Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Bonn vom heutigen Tage gemeldet, daß der Pater Theiner der Aufforderung des Cardinals Antonelli nachgegeben hat und die Stelle eines Directors an der Vatikaner-Bibliothek in Rom nicht annehmen wird.

Münster, 2. Januar. [Vorladung. — Staatszuschuß.] Am 30. December erhielt der Bischof abermals eine Vorladung vor das hiesige Kreisgericht, und zwar handelt es sich dieses Mal um Befestigung einer Kaplaneistelle in Weeze, Kreis Geldern. — Der eingehaltene Staatszuschuß, den bisher das Seminar bezog, beträgt 2500 Thlr. (W. M.)

München, 3. Januar. [Bischof Reinkens.] Der clericale „Volksfreund“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Commission, welche zur Prüfung der Anerkennung des Bischofs Reinkens herufen wurde, nicht für, sondern gegen die Anerkennung ihr Votum abgeben werde.

München, 4. Jan. [Interpellation.] In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten interpellirte der Abgeordnete Föcker den Kriegsminister über die Vorkommnisse beim 11. Infanterie-Regiment in Regensburg und führte nach dem „Münch. Corr.“ etwa Folgendes aus: In zwei Artikeln des „Münch. Corr.“, welche nie widerlegt sind, war die Thatsache behauptet, daß im Juli etwa 170 Mann der Regensburger Garnison von Morgens 6 Uhr bis 11 1/2 Uhr einen Marsch von 4 Meilen bei drückender Hitze und in voller Feldausrüstung zurücklegen mußten, und daß die Folge dieses forcierten Marsches zahlreiche Erkrankungen und der Nachmittags 4 Uhr am Herzschlage erfolgte Tod des Soldaten Schluttenhofer waren. Deshalb stelle er an den Kriegsminister die Fragen: 1) Hat derselbe von den hier berührten Vorfällen Kenntnis? 2) Sind diese Vorgänge, insbesondere die Ursache des raschen Todes des Soldaten S. einer genauen Untersuchung unterstellt worden? 3) Welche Resultate haben sich daraus ergeben? Herr Kriegsminister v. Prankh beantwortete die Interpellation sofort mit Folgendem: Auf die erste Frage habe er zu antworten „Ja“; was die zweite Frage anlangt, da seien durch den Commandeur des 11. Infanterie-Regiments unmittelbar nach dem Eintreten der Erkrankungen Nachforschungen gepflogen und vom Generalcommando des 1. Armee-corps wie vom Kriegsministerium eingehende Bericht-erstattung verlangt worden. Hinsichtlich der 3. Frage habe er zu bemerken: Das 1. Bataillon des 11. Regiments hatte am 25. Juni v. J. einen Übungsmarsch von 7 1/2 Wegstunden mit seinem Commandeur auszuführen. Es trat denselben in selbstmässiger Ausrüstung mit einem Arzte 6 Uhr Morgens bei 12° Reaumur an, wobei den Mannschaften alle üblichen reglementären Erleichterungen gestattet

waren. Die größere Hälfte des Weges wurde zurückgelegt, ohne daß eine Ermüdung der Mannschaften bemerkbar gewesen wäre. Die Temperatur war indessen in rascher, fortwährender Zunahme begriffen und steigerte sich bis zur Gewitterschwüle. Der Commandeur entschloß sich, da eine Rast über Mittag aus Verpflegungsrücksichten nicht thunlich erschien, den Heimmarsch fortzusetzen. Die immer drückender werdende Luft veranlaßte schon während des Marsches das Zurückbleiben eines Soldaten, während 4 andere gleich nach Beendigung des Marsches ins Lazareth gebracht werden mußten. Die 7½ Wegstunden wurden in 5¼ Stunden zurückgelegt, eine Leistung, welche für eine so kleine Colonne wohl als keine außerordentliche oder enorme bezeichnet werden kann. Im Laufe des Nachmittags wurden noch 17 Mann für ärztliche Behandlung geeignet befunden. Der Soldat Schluttenhofer starb am gleichen Tage in Folge der Einwirkung der Hitze am Herzschlag; von den anderen konnte der größere Theil innerhalb 12 Tagen des Spital verlassen, und am 17. Juni befanden sich von den Erkrankten nur noch 4 Mann im Lazareth. Diesen Thatsachen gegenüber kann nun entgegengesetzt werden, daß den Erkrankten durch wiederholtes Anstrafen hätte vorgebeugt werden können. Es konnte aber in der Unterlassung desselben eine grobe Fahrlässigkeit von Seite des Commandeurs nicht erblickt werden, und war deshalb kein Grund zu disciplinarem Einschreiten gegeben. Für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse zu verhüten, wurden indeß die geeigneten Maßregeln ergriffen. Was den der Zahl nach verhältnißmäßig höheren Krankenstand der Militär-lazarethe gegenüber dem der anderen Krankenhäuser betrifft, so kann ein Schluß hieraus aus dem Grunde nicht gezogen werden, weil beim Militär jede Privatpflege ausgeschlossen ist, und weil auch der ganz unbedeutend Erkrankte ins Lazareth geschickt wird.

Stuttgart, 2. Januar. [Die zweite Kammer] hat heute in einer Abendung ihre Geschäfte wieder aufgenommen. Eingelaufen sind: eine Nachergenz von 350,000 fl. für die Erwerbung eines Hauses in Berlin für die württembergischen Bundesraths-Bevollmächtigten. Auch die Reichstagsabgeordneten Württembergs werden dort Gelfasse für Zusammenkünfte und Arbeiten finden. Sodann wurde die Verfassungsvorlage vollends zu Ende beraten, und zwar ward der Art. 8, welcher an die Commission zurückgegeben war, nach dem Regierungsentwurf angenommen. Hiernach kann nicht bloß eine Verfassung eines Ständemitgliedes nicht ohne Genehmigung der betreffenden Kammer erfolgen, sondern auch keine Untersuchung gegen ein solches eingeleitet werden. Letztere Bestimmung ist neu. Endlich wurde die Bitte an die Regierung gerichtet, um baldige Vorlegung eines Entwurfs für die Zusammensetzung des Landtags. Eine Bitte zu Gunsten des Einkammersystems ward mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt, und ein Antrag des Herrn v. Güttingen über Verleihung des Enquêterechts an die Kammern an die Commission gewiesen. Die übrigen Verhandlungen waren von wesentlich localem Interesse.

Baden, 4. Januar. [Die Freiburger Curie.] In unterrichteten Kreisen will man von einer in der Freiburger Curie sich vollziehenden Schwärzung wissen. Angesichts der massenweise beim Landtag einlaufenden Petitionen der Ultrakatholiken sieht man ein, daß eine Verengung dieser Bewegung nicht mehr von Wirkung ist. Auch die Nachricht, daß die Regierung mit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles Ernst zu machen gedente und dafür schon drei Candidaten aus Preußen in Aussicht nehme, bringt bei der Curie nicht weniger eine zur Regierung hinneigende Stimmung hervor, als das neuerdings auftauchende Gerücht, Bischof Reinens werde seinen Wohnsitz nach Freiburg (Constantz) verlegen. Sehr zu verwundern wäre eine solche Veränderung der Taktik nicht mehr, da wir sie bei dem Schulgesetz schon erlebt haben, welchem die Curie plötzlich sich unterwarf, nachdem sie ihm Jahre lang einen grundsätzlichen Widerstand geboten hatte. Auch in Kreisen der katholischen Geistlichen und der theologischen Facultät werden mehrfach Stimmen gehört, die die Weiterführung der bisher eingeschlagenen Opposition als gefährlich für das geistliche Ansehen und als unhaltbar für die Dauer bezeichnen. Eine maßvollere Haltung der Ultramontanen ist in Folge davon in der jüngsten Zeit unerkennbar. (Fr. Z.)

Deisterreich.

Wien, 5. Januar. [Jesuitischer Zuzug.] Von den jungen Clerikern, welche in Folge der Schließung des Posener Seminars die Fremde aufgesucht haben, um ihre Studien auf die gewohnte Manier fortzusetzen, sind sechzehn der Innsbrucker Hochschule zugute gekommen. Zehn davon, schreibt man dem Leitblatt des Grafen Ledochowski aus Innsbruck, wohnen im Jesuiten-Convict, der Rest hat Privatlokalien bezogen. Es sind lauter Theologen, welchen, als sie Posen verließen, der dortige Erzbischof ihre Subsistenzmittel verbürgt hat. Ob er aber auch jetzt, nachdem ihm alle seine Mobilien abgepfändert worden, sein Versprechen zu halten im Stande ist, das unterliegt billigen Zweifeln. (N. Fr. Pr.)

[Zur Affaire Osenheim.] Man schreibt der „Boh.“ aus Wien: W und zu bringen über den Stand der Osenheim'schen Affaire einige Andeutungen in die Öffentlichkeit, die erkennen lassen, daß es sich um Indicien ganz schwerwiegender Natur handeln müsse. Der Stand der Angelegenheit selbst ist und bleibt naturgemäß der Öffentlichkeit entzogen, allein die Art, in welcher die Justizbehörde in die freie Disposition Osenheim's über sein Vermögen eingreift, gestattet den Schluß, daß unter Anderem ganz bedeutende Ersparnisse in Frage stehen, welche die Strafbehörde bestimmen, darauf zu achten, daß das Vermögen des in Verwahrungshaft Befindlichen keine wesentliche Herabminderung erfahre. Von der Leistung einer Caution — ein Journal nannte sogar eine Million! — zum Behufe der Fortführung der Untersuchung auf freiem Fuße ist es wieder ganz stille geworden.

[Winter.] Wie die „Hermannstädter Zeitung“ vom 3. d. Mts. meldet, hat am 2. Januar daselbst die Kälte die Höhe von 26 Grad erreicht. Der rauhe Winter hat die Wäse aus dem Gebirge verjagt. Eine Anzahl derselben treibt sich bereits in der Nähe der Stadt herum. Am 2. Januar Nachts konnte man bei einem Gange durch die Schewitsgasse das Geheul solcher Bestien in der Richtung der Straße nach Poplaka vernehmen.

Schweiz.

Genf, 5. Januar. [Kirchliches.] Folgendes sind laut einer Correspondenz des „St. Galler Tagbl.“ die Reformen, welche Pfarrer Hyacinth-Loyson in Genf bereits ins Leben gerufen hat:

- 1) Der ganze Gottesdienst, mit Inbegriff der Messe, die Spendung der heiligen Sacramente und die Segnungen werden in der Landessprache verrichtet. Man lese im 1. Corinth. Brief, Cap. XIV. 16, 17, 19.
- 2) Das heilige Abendmahl wird allen Gläubigen unter beiden Gestalten erteilt, wie es in der alten Kirche Brauch war. Sogar Paschal II. erklärte noch im Jahre 1110 alle Diejenigen als Ketzer, welche nur unter der Gestalt des Brotes das Abendmahl genossen.
- 3) Die verpöblichte Ohrenbeichte — dieses Werkzeug gegen das freie Gewissen, ein Erzeugniß des Mittelalters — ist abgeschafft. Die alte Kirche kannte diese Einrichtung nicht. Die Beichte (das Sündenbekenntnis) geschieht vor Gott („der Mensch prüfe sich selbst“, Paulus) und vor der Gemeinde (offene Schuld). Nur freiwillig und in bestimmten Fällen, wo der Christ besondere Vergebung und Trost für seinen Seelenzustand sucht, mag er seine Lage dem Priester einzeln bekennen. Der Priester betet mit und für die Ge-

meinde zum ewigen und einzigen Nützlich um Vergebung. So wurde das heilige Sacrament in den ersten acht Jahrhunderten laut dem Zeugniß der katholischen Kirchenlehre empfangen. Die alte, echt christliche Form wieder hergestellt.

4) Wir glauben an die wirkliche Gegenwart Jesu im Meßopfer, beten den Herrn an, nicht aber die Gestalten; denn von einer chemischen Umwandlung des Brotes in den fleischlichen Leib, des Fleisches in animalisches Blut, wußte der alte Glaube nichts.

5) Das Recht, eine Haatlich und kirchlich anerkannte Ehe einzugehen, ist dem Geistlichen zurückgegeben. So war's noch gestattet im Concilium von Nicäa vom Jahr 325. Man lese die Rede des Bischofs Paphnutius und den darauf erfolgten Beschluß (Socrates, Hist. Eccl. I. 11). Papst Gregor VII. hat auf eine ganz tyrannische Weise das Verbot der Priesterhehe eingeführt. Zudem ist in allen katholischen Kirchen des Morgenlandes, sogar in solchen, die mit Rom verbunden sind, die Priesterhehe gestattet; die armenische und maronitische Kirche, sowie die unierten Kirchen geben uns einen weiteren Beweis, daß im Alterthum das Ehelich kein Gesetz war.

6) Das Volk wählt seine Geistlichen selbst. Die Geschichte beweist auch dieses alte Recht.

7) Für geistliche Verrichtungen darf keine Gebühr bezogen werden. Die Simonie ist schon vom Apostel Petrus streng verboten; auch Christus sagt: „Unlöst habt Ihr es empfangen, unlöst geht es hin.“

8) Das Lesen der heil. Schrift ist allen Gläubigen nicht nur erlaubt, sondern sogar anempfohlen. Die Apostel richteten ihre Briefe an die Gemeinden, nicht an die Vorsteher, ja einige Briefe sind sogar an Privatpersonen geschrieben.

9) Das Fastengebot ist keinem Zwange unterworfen, sondern frei. Gewöhnliche Handlungen sind keine guten Werke.

10) Kein Geistlicher darf mit seinen Functionen Politik verbinden.

In Bezug auf die Verehrung der Heiligen, das Gefeuer u. s. w. werden bald auch Weisungen folgen. Offenbar ist da nirgends der Glaube, nirgends das Wesen der alten katholischen Lehre angegriffen; wohl aber kehrt die Senfer Kirche dorthin zurück.

[Mermillod.] Nach einer Correspondenz der „Basl. Nachr.“ ist Mermillod ernstlich erkrankt. Er leide an Magenkrebs.

[Von der Lage der neuen Geistlichen im Jura,] welche die Berner Regierung angestellt hat, wird im „Bund“ folgendes unerfreuliche Bild entrollt: „Während der Nacht erweckt ihn ein wüthes Gebrüll aus dem Schlafe, wobei er Schläge gegen Thür oder Fensterläden oder Steinwürfe an dieselben anprallen hört. Desnächst er am Morgen Thür und Fensterläden, welche letztere er allenthalben wohlweislich schließt, wenn die Fenster nicht eingeschlagen werden sollen, so findet er dann vor Thür und Fenstern einen Haufen Steine und abwechselnd auch Thüren und Hausplatz sammt Fensterläden beschmutzt. Zum Frühstück fehlt die Milch, der Kaffee oder das Brod oder auch Alles zusammen, da die bisherigen Lieferanten sich fernhin weigern, das Erforderliche, wenn auch gegen gute Bezahlung, zu liefern. Das Gleiche kommt bei anderen Mahzeiten und weiteren häuslichen Bedürfnissen vor. Brennholz, das die Gemeinde umsonst liefern soll, ist entweder gar nicht oder nur mangelhaft oder ganz grün und so fast unbrauchbar vorhanden. Schlägt der Pfarrer den Weg zur Kirche oder zur Schule ein, so kehrt sich bei seinem Erscheinen Alles, was zur ultramontanen Partei gehört, wie auf Commando um und kehrt dem Pfarrer den Rücken, man schneit sich vor, bisset oder spuckt aus und hebt hernach ein Hohngelächter an oder ruft dem Pfarrer Schimpfnamen nach u. s. Einmal in der Kirche, ist natürlich der Pfarrer gelächelt, da in diese die Ultramontanen nicht treten. Geht sein Weg aber zur Schule, so erwartet ihn dort noch eine größere Demüthigung; denn sobald er dort gesehen wird, entfernen sich plötzlich unter unanständigem Benehmen die Kinder der Ultramontanen, toben hernach auf der Gasse und verhöhnen den Pfarrer bei seinem Austritt aus der Schule u. s. w.“

Frankreich.

* **Paris, 4. Januar.** [In Betreff der römischen Angelegenheiten] schreibt man der „A. Z.“: Der „Soir“ sucht darzutun, daß die französische Regierung bei Gelegenheit der Interpellation des Generals du Temple die Angriffe widerlegen müsse, welche fortwährend die legitimistisch-clericalen Blätter gegen Italien richten. Da der „Soir“ Inspirationen vom hiesigen Ministerium des Aeußern entlehnt, so darf man annehmen, daß der Herzog Decazes mit dem Gedanken umgeht, bei der nahe bevorstehenden Discussion über die römischen Angelegenheiten eine solche Sprache zu führen, die in Italien allenfalls einige Befriedigung erregen kann. Das Auftreten der Clericalen in Italien gegenüber zu desavouiren, hält der „Soir“ für unumgänglich notwendig. „Wir können“ — so folgt der „Soir“ hinzu — „nicht allein auf die Neutralität, sondern selbst auf die Sympathie Italiens zählen, vorausgesetzt, daß wir es nicht zuerst brechen und herausfordern. Seine Allianz mit Deutschland wird erst endgiltig, wenn die Herstellung einer clericalen Regierung in Frankreich eine beständige Gefahr an seinen Thoren schaffen würde.“ Der Artikel des „Soir“ beweist zur Genüge, daß die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich keineswegs die besten sind und man in den hiesigen officiellen Kreisen dieserhalb ernstlich besorgt zu werden anfängt. Das Italien sich durch einige nichtigste Erklärungen des Herrn Decazes, ähnlich denen, wie sie früher Thiers abgab, zufrieden stellen lassen wird, ist indeß kaum anzunehmen, zumal die Eventualität, von welcher der „Soir“ spricht, im Grunde genommen seit dem 24. Mai eingetreten ist und Niemand leugnen kann, daß Frankreich heute an seiner Spitze eine vollständig clericaler Regierung hat. Wer noch davon zweifelt, kann in der gestrigen „Republique Francaise“ den Beweis nachlesen, daß das „officielle Frankreich“ jetzt vollständig in den Händen der Ultramontanen und deren williges Werkzeug ist.

[Eine Vision.] Der „Pelerin“, der sich ganz in den Händen des Episkopats befindet, veröffentlicht ein Document, worin angekündigt wird, daß die Jungfrau Maria vom Himmel herabgestiegen sei, um den Gläubigen anzukündigen, daß Heinrich V. 1874 zurückkehren und die Regierung Mac Mahons keine drei Monate dauern würde. „Die von uns am 8. December angekündigte Erscheinung“, so berichtet der „Pelerin“, „hat zur bezeichneten Stunde zwischen 12 und 1 Uhr Nachmittags stattgefunden. Es waren 3- bis 4000 Personen anwesend. Ich konnte nicht in das Zimmer gelangen, aber ich kam um zwei Tage später wieder, um aus dem Munde der Hellscherin selbst die Worte der heiligen Jungfrau zu vernehmen. Die h. Jungfrau sagt, daß wir am Vorabend einer furchtbaren politischen Krisis stehen; sie werde kurz sein. Einen Augenblick würde es den Anschein haben, daß die Bösen den Sieg davontragen würden. Die h. Jungfrau sagt ferner, daß Paris von der Krisis betroffen werden würde, und die Erscheinung dauerte 50 Minuten. Man quälte die Hellschende auf tausend Arten, aber sie fühlte nichts; ihre Verückung konnte durch nichts gestört werden. Der Zudrang zur Hellscherin ist wunderbar. Die bischöfliche Behörde bleibt aber in der Zurückhaltung, und zwar hauptsächlich wegen der äußerst seltsamen Enthüllungen, die sie über den großen Papst machte. Ein Gutsbesitzer des Landes, der die Hellschende seit langer Zeit kannte, fragte sie in meiner Gegenwart, wie sie die Thronbesteigung Heinrich's V. im Jahre 1875 mit der siebenjährigen Herrschaft Mac Mahon's in Einklang bringe. Man fragte sie, ob er fünf Jahre an der Gewalt bleiben werde. — Nein! — Vier Jahre? — Nein! Drei Jahre? — Nein! Zwei Jahre? — Nein! — Drei Monate? — Die Hellscherin lächelte und sagte nichts. So ist es immer, wenn man sie über Thatsachen befragt, die zu erfüllen sie nicht das Recht hat.“ — So die Erzählung des „Pelerin“, die zwar in Paris fast allgemeines Hohngelächter erregt, welche aber auch in der Provinz zahlreiche Gläubige findet. Die Sache selbst ist übrigens nicht ganz ohne Wichtigkeit, da Graf Lupé de Mayol, einer der Hauptredacteure der „Union“, den „Pelerin“ inspirirt, was beweist, daß hinter diesen Intriguen der Graf von Chambord steckt. Der Belagerungsstand herrscht in Paris, und wenn ein republikanisches Blatt in noch stupiderer Weise das Ende der

sieben Jahre Mac Mahon's für den Monat März angekündigt hätte, so würde es sofort unterdrückt worden sein.

[Die Prinzen der Familie Orleans] bekleiden folgende provisorische Stellen in der Armee: Der Herzog von Nemours, Divisionsgeneral; der Prinz von Joinville, Admiral; der Herzog von Montpensier, Artillerieoberst; der Herzog von Chartres, Lieutenant der Säuer zu Pferde; der Herzog von Penthièvre, Schiffslieutenant; der Herzog von Alencon, Artilleriehauptmann. Der Herzog von Nemours ist officiell zum Divisionsgeneral ernannt. Wenn die Nationalversammlung die anderen Prinzen in ihrem Range bestätigt, so wird die französische Armee sechs Officiere mehr zählen.

[Gegen Gambetta.] Die legitimistischen und clericalen Zeitungen fahren fort, Documente über das famose Lager von Conlie zu bringen. Die republikanischen Blätter hüllen sich in dieser Angelegenheit in ein vorsichtiges Schweigen. Nach der „Union Bretonne“ haben mehrere Mitglieder der Generalräthe der Loire-Inferieure, des Finistère, der Ile et Vilaine und des Morbihan die Absicht, in ihren Körperschaften den Antrag zu stellen, Gambetta als Verwalter des Lagers von Conlie zu verfolgen und von ihm die Ersetzung der Fonds zu verlangen, die sie für dasselbe votirt und welche von ihm verschleudert worden seien. Daß die betreffenden Anträge durchgehen, ist sehr wahrscheinlich, da die Majorität dieser Generalräthe royalistisch gesinnt ist.

Belgien.

Brüssel, 3. Januar. [Ueber die kirchlichen Zustände Belgiens] schreibt man der „N. Z.“ von hier: Noch ein Jahr ist unter clericaler Regierung verfloßen, und da Belgien unter diesen Umständen geeignet erscheint, anderen Staaten und kirchenverfolgenden Regierungen zum beschämenden Vorbild zu dienen, so möchte ein Rückblick auf die Thaten und Leistungen unseres katholischen Ministeriums wohl belehrend sein. In der That ist ja Belgien heut zu Tage fast das einzige Land, wo die Kirche nicht vom Staat verfolgt wird, und der constitutionelle Musterstaat gilt nun auch als Muster kirchlicher Freiheit und Unabhängigkeit, da wirklich Papst und Bischöfe und Clerus, Jesuiten, Karmeliter, Kapuziner und alle anderen Mönchs- und Nonnen-Orden einer fast unbeschränkten Freiheit und Unabhängigkeit von der Staatsregierung sich erfreuen, — womit sie sich vorläufig begnügen, und sich derselben nach Kräften bedienen, um Staat und Gesetz und Regierung der Kirche, d. h. dem unfehlbaren Papste zu unterwerfen und unterzuordnen. Freilich, noch vor wenigen Jahren tlagte und jammerte die clericaler Partei auch in Belgien über Kirchenverfolgung, und verlangte und seufzte nach einer Freiheit, wie die Kirche ihrer in Preußen genosse, — als nämlich die liberale Regierung die Studienanstalten der ausschließlichen und willkürlichen Verwendung zum Vortheil clericaler Zwecke entzog, die Verwaltung der Kirchengerüter der weltlichen Controle unterwarf, den Novizen der Mönchsorden die Befreiung vom Militärdienst entzog u. s. w. Aber seitdem haben sie ja die Majorität, und zwar eine starke und compacte Majorität, haben die Regierungsgewalt in Händen, und werden also nicht verfehlen, Gesetzgebung und Verwaltung zum Heil der Kirche und zur größeren Ehre Gottes zu verwenden. Was haben sie gethan und geleistet? Keines jener verführten, als kirchensünderisch verdamnten Gesetze ist abgeschafft worden; sie bestehen und werden angewendet und ausgeführt von der katholischen Regierung. Auch die moralische Mißthat an der Vererbung des heiligen Vaters lastet auf dem katholischen Ministerium wie auf seinen liberalen Vorgängern, indem es bei Victor Emanuel zu Rom einen belgischen Gesandten hält. Keine spöttische Herausforderung der Liberalen, keine wehmüthige Klage der aufrichtig Frommen, keine vorwurfsvolle Mahnung der ultramontanen Intriganten kann die katholischen Politiker aus ihrer vorsichtigen Zurückhaltung und unthätigen Mäßigung herausziehen oder herausstreifen. Darum hat auch der Papst sich kürzlich, während er den frommen Eifer der Belgier rühmt und lobt, der ihm so glänzende Peterspfennige schickt, bitter gekammert über „gewisse katholische Regierungen, die nach beiden Seiten hin hinken.“ Aber die katholischen Politiker Belgiens, denen es keineswegs an gutem Willen fehlt, kennen ihr Land offenbar besser als der Papst es kennen kann, der Nichts davon sieht, als die Deputationen, die ihm den Peterspfennig bringen. Jene wissen, daß, wenn sie praktische Politik nach dem Sinne des Papstes und im Geiste der Enccyclika zu machen versuchen, wenn sie entschieden gegen die liberale Gesetzgebung reagieren wollten, wenn sie dem Rath der Ultrs folgten und diesen genug zu thun strebten, das katholische Belgien ihrer Regierung bald ein Ende machen würde. Das katholische Belgien duldet eben ein clericaler Ministerium nur unter der Bedingung, daß es im Wesentlichen liberal regiere und in allen Fällen seine constitutionellen Freiheiten aufrecht erhalte, mögen diese auch vom unfehlbaren Papste verdammt und verurtheilt sein. — Das politische Resultat eines vieljährigen Kampfes, den der Clerus mit allen Mitteln, mit dem größten Eifer und unter vollständiger Unabhängigkeit vom Staate geführt hat und noch fortsetzt, ist also nicht gerade glänzend, und selbst in dem Augenblicke nicht befriedigend, wo es endlich gelungen ist, eine clericaler Majorität und ein clericaler Ministerium zu haben. Mit den Folgen aus dem eigentlich kirchlichen und religiösen Gebiete aber steht es vielleicht noch ungünstiger aus. Freilich der belgische Clerus ist durchweg ultramontan; er hängt nur von den Bischöfen ab, wie diese nur vom Papst; der Staat hat weder bei der Ausbildung, noch bei der Anstellung, Verlegung oder Absetzung ein Wort mitzureden. Auch alle Mönchsorden haben völlige Freiheit — nur nicht die Rechte moralischer Personen. Aber was leistet, was erreicht ein solcher Clerus, der in seiner Ausbildung und Organisation das römische Ideal verwirklicht? Während er bei einem Theil der Bevölkerung allerdings jene angestrebte und geforderte blinde Folgsamkeit findet, auf die er seine politische Herrschaft zu bauen sucht, und jene bigotte und fanatische Ergebenheit, welche die Quelle seiner Reichthümer ist, hat er bei einer guten Hälfte des ganzen Volkes jeden Einfluß verloren, hat sie der Kirche und jedem kirchlichen Leben völlig entfremdet, hat es dahin gebracht, daß die Hälfte der katholischen Bevölkerung zu den Gegnern der katholischen Kirche zählt.

Man thäte wohl, anderwärts diese Früchte der ultramontan-clericalen Politik zu betrachten, ehe man denselben Weg einschlägt und die kirchlichen Zustände Belgiens beneidet.

Spanien.

Madrid, 2. Januar. [Aus der Botschaft Castelar's.] die man als „Schwanengesang“ des vom politischen Schauplatz wieder abgetretenen Ministerpräsidenten bezeichnen kann, liegen uns jetzt ausführlichere Auszüge vor, denen wir noch Einiges entnehmen. Castelar constatirt zunächst die Umficht, mit welcher die Regierung von den ihr verbleibenden Vollmachten, Gebrauch gemacht habe, und fährt darauf fort: Sie (die Regierung) handelte immer mit Raschheit und Energie gegen jeden Versuch der Ordnungsführung oder der Verführung, auch wurde die Ordnung überall aufrecht erhalten. Unglücklicherweise hat sich ein verbrecherischer Aufstand des ersten und stärksten der feinen Pläse Spaniens (Catalagna) bemächtigt und hält seine verruchte Fahne hinter unentbehrlichen Wällen aufrecht, den demagogischen Leidenschaften die Hoffnung einer Ueberhebung gebend. Der Mangel an Truppen und Geld verzögert die Einnahme der Festung, die aber, Dank der Energie und der Thätigkeit der Belagerenden, der Entmutigung und der Entbehrungen der Belagerten

Bald fallen muß. — Die Votschaft weist auf die Mithelferschaft der ...

Zu den notwendigen Reformen übergehend, bezeichnet Castelar als die ...

Amerika.

New-York, 19. December. [Aus dem Congresse] ist wenig zu berichten, was allgemeines Interesse in Anspruch nehmen könnte.

[Die eben vollzogene Ratification der neuen Verfassung des Staates Pennsylvanien] durch eine bedeutende Majorität des Volkes — selbst in Philadelphia wurde eine Stimmenmehrheit von 25,000 dafür abgegeben — ist ein Ereignis der erfreulichsten Art.

Mexico, 12. November. [Die Indianer-Aufstände] welche hier ausgebrochen sind beweisen, daß die Saat, welche die Pfaffen und vor Allem die misioneros oder „heiligen Väter“, wie sie sich selbst nannten, schon seit langer Zeit ausgestreut haben, nun angefangen hat, Blüthen und Früchte zu treiben.

fangener nach Toluca geschickt, wo dann mit Hängen und Erschießen ...

Provincial-Beitung.

—d. Breslau, 7. Januar. [Die kirchlichen Wahlen in der St. Elisabeth-Gemeinde.] Während in allen übrigen Parochien Breslaus die von den provisorischen Wahlcomites vorgeschlagenen und in den Vorwahlenversammlungen der Parochianen bestätigten Candidaten mit fast an Einmütigkeit ...

Für die Candidaten der Gemeindevertretung sind 548 gültige Stimmen abgegeben worden. Es wurden gewählt die Herren: Kanzleirevisor Buchwald, Seifenfabrikmeister Kalinke, Kaufmann Ferd. Kramer, Justizrath Krug und Lehrer Steller aus Namern mit 547 Stimmen, Kaufmann ...

—d. Breslau, 6. Januar. [Freireligiöse Gemeinde.] Am gestrigen Abend fand die jährliche Weihnachtsbescherung an alle Kinder der Gemeinde-glieder statt. Die Sammlungen unter Mitgliedern und Freunden waren wider Erwarten reichlich ausgefallen und konnten 60 Kinder mit Geschenken erfreut werden.

—d. Hirschberg, 6. Januar. [Kirchliche Wahl.] An der kirchlichen Wahl, welche am 4. v. M., Vorm. von 11 bis 1 Uhr und Nachmittags um 2 Uhr, unter Leitung des Oberkirchenraths, Herrn Kreisgerichtsrath Scholz, im Saale des evang. Cantorhauses hieselbst abgehalten wurde, theilnahmen sich von den 767 stimmberechtigten Wählern, welche in Folge ihrer Anmeldung die Wählerliste aufweist, 445 Personen (58 pCt.).

K. Krappitz, 6. Jan. [Kirchliche Wahlen.] In den evangelischen Gemeinde-Kirchenrath wurden erwählt: 1) Herr Graf Scherr auf Dobran, 2) Herr Brauerreißer Leber zu Krappitz und Herr Rentier Schmaltz, ebenda.

G. Gogolin, 6. Jan. [Zur Reichstagswahl.] Damit unser polnisches Landvolk dem ultramontanen Candidaten die Stimme gebe, wird seit gestern in hiesiger Gegend die Rede des Abgeordneten P. Reichenperger, die derselbe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. December 1873 wegen Aushebung der Waage gehalten hat, in Circulation gesetzt.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 6. 7.	Nachm. 2 U.	Morg. 6 U.
Lufdruck bei 0°	336 ¹ / ₂ 42	337 ¹ / ₂ 97
Lufthöhe	+ 1 ¹ / ₂	— 1 ¹ / ₂
Luftwärme	1 ¹ / ₂ 69	0 ¹ / ₂ 80
Dunstförmigkeit	77 pCt.	89 pCt.
Dunstförmigkeit	77 pCt.	89 pCt.
Wind	SW. 1	E. 1
Wetter	heiter.	heiter.

Breslau, 7. Jan. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 20 Cm. U.-B. — M. — Cm. Eisstand.

Berlin, 6. Januar. Die Haltung der heutigen Börse war gegen Vorgängerinnen ohne besondere Veränderung; Trägheit und Lustlosigkeit schränkten die Speculation immer enger ein und der Verkehr entbehrt fortgesetzt der Theilnahme eines größeren Kreises von verlässlichen Käufern.

Schaffsgang wie hier meldeten. Die Arbitrage mit: Wien blieb des dortigen Zeitungs wegen still und die hiesige Speculation war daher lediglich auf sich selbst angewiesen. Die internationalen Speculationspapiere bewegten sich nur in ganz eng bemessenen Dimensionen, die Course setzten im ungefähren Niveau ihrer gestrigen Schlussnotirungen ein, ließen dann im Verlaufe des Geschäftstages zwar nach, suchten zum Schluss jedoch die anfängliche Höhe wieder zu gewinnen; Oesterreichische Credit-Actien und Lombarden erreichten dieselbe ...

[Preussische Bank.] Der „B. V. C.“ schreibt: In Ansehung der Geschäfte der Preussischen Bank geht uns von quier Hand die Mittheilung zu, daß dieselben nicht allein bei der Hauptbank, sondern auch bei fast allen Provinzial-Comptoiren im Vorjahre eine ganz außerordentliche Höhe erreicht haben. Hierzu kommt, daß die Anstalt für die Angelegenheit, an welche sich so viele Befürchtungen knüpften, sich schneller und glücklicher abwickelte, als dies vorauszuversetzen war; die Bank erhält hier vollständige Befriedigung, ohne einmal die ihr gestellten Forderungen irgendwie in Anspruch nehmen zu müssen.

[Gewerbebank Schuster & Comp.] Dem Vorgange vieler anderen Bankinstitute folgend, gedent nun auch die hiesige Gewerbebank Schuster und Comp. zu einer Reduktion ihres Actienkapitals zu schreiten. Die Commanditisten der Bank werden auf den 10. Februar d. J. zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, auf deren Tagesordnung Beschlüßfassung über folgenden Antrag steht: „Die Verantwortlichen Geschäftsinhaber werden beauftragt, zum Zweck der Verabreichung des Grundcapitals Commanditheile der Gesellschaft bis zu 3 Millionen Thaler nominell, jedoch nicht über part anzulassen, und nach Auszahlung dieses Auftrages die Einberufung einer neuen Generalversammlung zu veranlassen, welche über die definitive Herabsetzung des Grundcapitals Beschlüß zu fassen hat.“

[Pommersche Centralbahn.] Vor einigen Tagen fand eine Sitzung des Plenums der Concurscommission des Stadtgerichtes statt, in welcher der bereits erwähnte Antrag der Massen-Verwaltung, von den ersten Zeichnern die Vollzahlung der Actien und Stammprioritäten einzufordern, erörtert wurde. Es wurde beschlossen, vorläufig nur gegen diejenigen Zeichner vorzugehen, deren Actien resp. Stammprioritäten sich noch im Treffer der Gesellschaft befinden, also gar nicht zur Abnahme gelangt sind.

Berlin, 6. Januar. [Produktenbericht.] Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. ab Bahn bez., feiner weißer poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 86 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 86 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 86 1/2 Thlr. bez., neue Hance pr. April-Mai 85 1/2 Thlr. bez. Gefändigt 7000 Ctr. Rindungspreis 88 1/2 Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 60—68 1/2 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 61 1/2—62 Thlr. ab Bahn bez., feiner russischer — Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 66 1/2—69 Thlr. ab und frei Bahn bez., pr. December-Januar 63—63 1/2 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 62 1/2—62 1/2 Thlr. bez., pr. Februar-März 62 1/2—62 1/2 Thlr. bez., pr. Frühjahr 62 1/2—63—62 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62 1/2—62 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 61 1/2—62 1/2 Thlr. bez. Gefändigt 12,000 Ctr. Rindungspreis 62 1/2 Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pro 1000 Kilogr. loco 48—59 Thlr. nach Qualität gefordert, schlechter — Thlr. bez., böhmischer 55—58 Thlr., galizischer 49—54 Thlr. bez., sibirischer 52—56 Thlr., weipreussischer 52—56 Thlr., pommerscher 56—58 Thlr., udermärker 56—58 Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar 53 1/2 Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 54 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 54 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 55 1/2 Thlr. Gefändigt 3000 Ctr. Rindungspreis 53 1/2 Thlr. — Erbsen: Rodywaare 59—69 Thlr., Futterwaare 52—58 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 12—11 1/2 Thlr., Nr. 0 und 1 11—10 1/2 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10 1/2—9 1/2 Thlr., Nr. 0 und 1 9 1/2—8 1/2 Thlr., pro 100 Kilo unverfeuert incl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Thlr. 14 1/2—16 1/2 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 13—14 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 13 1/2 Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 13 1/2 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 12—12 1/2 Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 12—12 1/2 Sgr. bez. Gefändigt — Ctr. Rindungspreis — Thlr. — Sgr. — Delaaten: Raps — Thlr., Rabien — Thlr. — Rübsöl per 100 Kilo netto loco ohne Faß 18 1/2 Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., pr. December-Januar ohne Faß 18 1/2 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 19 1/2 Thlr. bez., pr. Februar-März 19 1/2 Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., pr. April-Mai 20 1/2 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20 1/2—20 1/4 Thlr. bez., pr. September-October — Thlr. bez. Gefändigt 100 Barrels. Rindungspreis 19 1/2 Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 9 Thlr. bez., pr. December-Januar 8 1/2—9 1/2 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 8 1/2—9 1/2 Thlr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. Dr., April-Mai — Thlr. bez., pr. Mai-Juni — Thlr. bez. Gefändigt — Barrels. Rindungspreis — Thlr. — Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß“ 20 Thlr. 5 Sgr. h. mit Faß — Thlr. — Sgr. bez., pr. December-Januar 20 Thlr. 5—13 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 20 Thlr. 8—13 Sgr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 20 Thlr. 26 Sgr. bis 21 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 21 Thlr. bis 21 Thlr. 4 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 21 Thlr. 12—16 Sgr. bez., pr. Juli-August 21 Thlr. 22—26 Sgr. bez. — Gefändigt 10,000 Liter. Rindungspreis 20 Thlr. 11 Sgr.

Wien, 5. Jan. [Schlachthausmarkt.] Die heutigen Aufkäufer zu dem Schlachthausmarkt besaßen sich auf 237 Stück Matloscher, darunter waren 1429 Stück von Ungarn, 1169 Stück von Galizien und der Bukovina und 239 Stück von der hiesigen Provinzen. Der Schätz nach variirte das Gewicht der meisten Partheien zwischen 550—1150 Pfund, jenes der Prima circa 500 Stück von 1200—1550 P. und Schlachtgewicht 7 oder 8 Paar. Wir notiren bei etwaig neuem Geschäftsbetrieb.

